

NS-Opferrente gekürzt

Baumann-Sohn kritisiert Regelung



Ludwig Baumann ist im Juli verstorben. Sein Sohn soll nun einen Teil der NS-Opferrente zurückzahlen, die sein Vater bezogen hat.

FOTO: BOCKWOLDT/DPA

Berlin. Die Bundesregierung will trotz scharfer Kritik an einer bisher kaum bekannten Praxis festhalten, wonach NS-Opfern bei einem Pflegeheimaufenthalt die Opferrenten um fast die Hälfte gekürzt werden. „Eine Änderung ist nicht vorgesehen“, teilte ein Sprecher von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) der Deutschen Presse-Agentur mit.

Der Sohn des Anfang Juli in Bremen verstorbenen Wehrmacht-Deserteurs Ludwig Baumann soll rund 4000 Euro an demnach zuviel erhaltener Opferrente zurückzahlen. „Das ist ein Unding, das geht gar nicht“, sagte André Baumann. Die Begründung dafür sei, dass man im Heim voll versorgt werde.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linken-Fraktion, Jan Korte, sprach von einem Skandal. „Es ist sehr beschämend, dass hochbetagten Überlebenden des NS-Terrors in ihren letzten Lebensjahren so eine Diskriminierung angetan wird“, sagte Korte. „Das erlittene Unrecht wird ja nicht kleiner, wenn der Betroffene ins Pflegeheim gehen muss“. Die Linke wolle das revidieren. „Ich hoffe, dass sich eine breite Mehrheit im Bundestag unserer Forderung anschließen wird“, so Korte.

Baumann bezog seit 1993 NS-Opferrente, zuletzt 660 Euro monatlich – dies war in ein „Heimtaschengeld“ von 352 Euro umgewandelt worden, wie aus Schriftwechseln hervorgeht. Da aber der genaue Zeitpunkt des Umzugs ins Heim offensichtlich zunächst nicht bekannt war, kam es zu der Nachforderung an den Sohn Baumanns.

Der Ministeriumssprecher betonte, bei einem Umzug aus einer Wohnung in ein Alten- oder Pflegeheim würden die bedarfsorientierten Leistungen der Härterichtlinie des Allgemeinen Kriegsfolgesgesetzes angepasst, „da insbesondere andere Einrichtungen hinzutreten, die anfallende Kosten übernehmen und sich dadurch die Bedarfstruktur ändert.“ In den Bewilligungsbescheiden würden die betroffenen Personen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Wechsel in ein Pflegeheim mitzuteilen sei. „Wenn diese Anzeige jedoch über einen längeren Zeitraum unterbleibt, kann sich gegebenenfalls ein entsprechender Rückforderungsbetrag aufbauen.“ Die Gesamtaufwendungen im Jahr 2017 für NS-Opferrenten und Entschädigungen an Euthanasieopfer oder Zwangssterilisierte betragen 733 532,13 Euro. Die durchschnittliche Leistung in diesen Fällen betrage circa 600 Euro monatlich, hieß es.

DPA

ANSCHLAG IN AFGHANISTAN

Drei Nato-Soldaten getötet

Kabul/Prag. Bei einem Selbstmordanschlag im Osten Afghanistans sind am Sonntag drei Nato-Soldaten getötet worden. Ein US-Soldat und zwei afghanische Soldaten seien verletzt worden, teilte die Nato-Ausbildungsmission Resolute Support mit. Die Uniformierten waren zu Fuß auf Patrouille. Die Staatsangehörigkeit der Toten nannte die Nato nicht, da sie dies den Mitgliedsländern überlässt. Es handele sich um drei tschechische Soldaten der Geburtsjahrgänge 1982, 1990 und 1993, teilte die Armeeführung in Prag kurz darauf mit. Nach tschechischen Angaben ereignete sich der Anschlag nahe der Militärbasis Bagram in der östlichen Provinz Parwan.

DPA

LINKE SAMMLUNGSBEWEGUNG

Wagenknecht in der Kritik

Berlin. Noch vor dem offiziellen Start ihrer neuen Sammlungsbewegung „Aufstehen“ erntet Linke-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht dafür scharfe Kritik – auch aus den eigenen Reihen. Fraktionsvize Klaus Ernst sagte der ARD, er sehe weder in der Linken noch in den anderen Parteien eine Unterstützung dieses Weges. Thomas Oppermann von der SPD machte in der ARD klar: „Sahra Wagenknecht träumt von einem starken Linkspopulismus in Deutschland. Das ist der falsche Weg, um die Rechtsentwicklung zu stoppen.“ Wagenknecht wirbt mit ihrer linken Bewegung um unzufriedene Anhänger von SPD und Grünen.

DPA

BREXIT

Chance auf Abkommen schwindet

London. Der britische Handelsminister Liam Fox hat die Wahrscheinlichkeit für einen Brexit ohne Abkommen auf 60 Prozent geschätzt. Verantwortlich dafür sei die „Unnachgiebigkeit“ Brüssels und vor allem des EU-Unterhändlers Michel Barnier, kritisierte Fox in der „Sunday Times“. Großbritannien will sich nach bisherigen Plänen 2019 von der Europäischen Union trennen. Derzeit reisen viele britische Regierungsmitglieder in EU-Staaten, um bilaterale Gespräche zu führen.

DPA



Drusen-Protest gegen neues Gesetz

Zehntausende Israelis haben am gegen das „Nationalitätsgesetz“ in Tel Aviv protestiert. Das im Juli verabschiedete Gesetz verankert Israels Status als jüdischen Nationalstaat – und wird von Minderheiten, aber auch vielen jüdischen Israelis, als diskriminierend kritisiert. Das Forum der drusischen Armeeoffiziere hatte zu dem Protest aufgerufen. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu verteidigte das Gesetz am Sonntag während der wöchentlichen Kabinettsitzung. „Israel ist ein jüdischer und demokratischer Staat“, sagte er. Niemand habe die Absicht, die Rechte der Minderheiten zu beschneiden. „Ohne das Nationalitätsgesetz wäre es unmöglich, die Zukunft Israels als jüdischer Nationalstaat zu gewährleisten“, sagte Netanjahu. Man wolle etwa eine „unkontrollierte Einwanderung von Palästinensern“ oder Migranten nach Israel verhindern. Netanjahu bekräftigte das „tiefe Bündnis“ mit der drusischen Gemeinde und verkündete die Einrichtung eines Ministerausschusses zur Stärkung dieser Bindung.

TEXT: DPA/FOTO: SCHEINER/DPA

Trump will Iran in die Knie zwingen

US-Sanktionen treten nach der Aufkündigung des Atom-Deals wieder in Kraft

VON CAN MEREY UND FARSHID MOTAHARI

Washington/Teheran. John Bolton machte schon vor dem Atomabkommen mit dem Iran deutlich, was er von den diplomatischen Bemühungen der UN-Vetomächte und Deutschlands hielt: nichts. „Bombardiert den Iran, um die iranische Bombe zu stoppen“, forderte der Hardliner im März 2015 in der „New York Times“. Seit April ist Bolton Nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, beide eint die Ablehnung des Atomdeals. Im Mai verkündete Trump den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Abkommen, nun will er die Führung in Teheran in die Knie zwingen: In der Nacht zu Dienstag (Ortszeit) treten bislang ausgesetzte US-Sanktionen wieder in Kraft.

Zunächst wollen die USA erreichen, dass der Iran keine US-Dollar erwerben und nicht mehr mit Gold und Edelmetallen handeln kann. Auch der Handel mit bestimmten Metallen, Rohstoffen und Industrieware soll unterbunden werden. Zudem werden der Import iranischer Lebensmittel und Teppiche in die USA untersagt. 90 Tage später sollen dann im November besonders schmerzhaft Sanktionen wieder eingesetzt werden, mit deren Hilfe die Ölimporte anderer Länder aus dem Iran auf Null reduziert werden sollen. Gleichzeitig soll der internationale Zahlungsverkehr mit dem Iran lahmgelegt werden.

Mit den erneuten Sanktionen erreicht der Konflikt zwischen Washington und Teheran eine neue Stufe. Den USA geht es dabei längst nicht nur um das iranische Nuklearprogramm. Washington will den aus seiner Sicht destabilisierenden Einfluss Teherans im Nahen Osten zurückdrängen, wo die iranische

Regierung in zahlreichen blutigen Konflikten mitmischte: Sie unterstützt Syriens Präsidenten Baschar Al-Assad, die Hisbollah im Libanon, die radikal-islamische Palästinenserorganisation Hamas im Gaza-Streifen, militante Schiiten-Gruppen im Irak und die Huti-Rebellen im Bürgerkrieg im Jemen.

US-Außenminister Mike Pompeo fasste die Sicht seiner Regierung so zusammen: Der Iran müsse sich „wie eine normale Nation“ verhalten und bis dahin müsse man die Führung in Teheran daran hindern, ihr Vermögen für schlechte Dinge einzusetzen. Öffentlich sagen führende US-Politiker, es gehe ihnen nicht um einen Regimewechsel im Iran, sondern um einen Verhaltenswechsel – auch wenn das manchmal anders klingt. Vizepräsident Mike Pence ermutigte Ende Juli „die guten Menschen im Iran“, sich weiter für Freiheit und eine friedliche Zukunft einzusetzen.

Iran hält Auflagen ein

Trump sprach vor wenigen Tagen von einem „brutalen Regime“ im Iran – dem „niemals erlaubt werden darf, eine Atomwaffe zu besitzen“. Genau mit diesem Ziel war das Atomabkommen – das im Fachjargon unter dem Kürzel JCPOA firmiert – geschlossen worden. Und es funktionierte, jedenfalls bescheinigte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) dem Iran immer wieder, die Auflagen einzuhalten. Obwohl der Iran seine Urananreicherung der IAEA-Kontrolle unterworfen hat, bezeichnete Trump das von seinem Vorgänger Barack Obama mitausgehandelte Abkommen als „schrecklich“, „grauenhaft“, „furchtbar“ und „im Kern defekt“. Ganz anders als im Fall Nordkorea, mit dessen Machthaber Kim Jong Un Trump im Juni eine vage Absichtserklärung traf, die keine konkreten Schritte zur atomaren Abrüstung oder gar Kontrollmechanismen enthielt. Den Deal mit Nordkorea lobt Trump über den grünen Klee, sich selber ebenso.

Auch Experten kritisieren Trumps Umgang mit dem Iran-Abkommen. Der Autor des Buches „The Art of Sanctions“ („Die Kunst der Sanktionen“), Professor Richard Nephew von der Columbia-Universität in New York, hält die erneuten Strafmaßnahmen nicht für sinnvoll. „Der Iran hielt sich an das JCPOA“, sagt Nephew. Es sei überhaupt nicht im Interesse der USA, das Abkommen mit Sanktionen zu untergraben. Die Trump-Regierung beabsichtige nun, so viel Unzufriedenheit im iranischen Volk zu schüren, dass die Regierung in Teheran zu Zugeständnissen gezwungen werde, sagt Nephew. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die Sanktionen den Menschen im Iran „echten Schaden“ zufügen. „Inflation, Arbeitslosigkeit, auf diesen Wegen wird die iranische Bevölkerung am meisten geschädigt werden.“ Dabei steckt der Iran schon vor den erneuten Sanktionen in der schlimmsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Die Landeswährung Rial hat dramatisch an Wert verloren, die Inflation steigt. Im Volk ist von einem „wirtschaftlichen Tsunami“ die Rede, die Menschen bangen um ihre Existenz. Viele fragen sich: Wenn das Land schon vor den Sanktionen fast pleite ist, was wird danach wohl passieren?

Die wirtschaftliche Lage sorgt – ganz im Sinne der USA – schon jetzt für wachsende Kritik im iranischen Volk an der Nahostpolitik der Führung des Landes. Bei den jüngsten Protesten war auch dieser Slogan immer wieder zu hören: „Kein Gaza, kein Libanon, unser

Herz schlägt nur für den Iran“. Die politische Unterstützung der EU – die das Atomabkommen retten möchte – nützt dem Iran wenig. Europäische Firmen und Banken haben keine Interesse daran, ihre US-Geschäfte aufs Spiel zu setzen. Lieber ziehen sie aus dem Iran ab. Zwar sind Unternehmen aus der EU im Prinzip nicht dazu verpflichtet, sich an US-Sanktionen zu halten. Die USA würden diese europäischen Firmen dann aber von Geschäften in Amerika ausschließen, dem weitaus wichtigeren Markt.

Ruhani droht mit Blockade

Dabei wird die harte Gangart der USA in der Iran-Politik zunehmend zur Belastung für die deutsche Wirtschaft. Der Industrieverband BDI zeigt sich höchst besorgt über den Kurs der Amerikaner. „Die deutsche Industrie begrüßt den deutlichen Willen der EU und der Bundesregierung, sich gegen die extraterritoriale Sanktionspolitik der USA zur Wehr zu setzen“, sagte BDI-Präsident Dieter Kempf.

Im Iran dürften von der Krise erstmal die Hardliner und die Revolutionsgarden profitieren. Sie waren von Anfang an gegen die Reformpolitik des iranischen Präsidenten Hassan Ruhani und besonders gegen das Atomabkommen. Obwohl die Hardliner in den vergangenen fünf Jahren Niederlagen bei vier Wahlen hinnehmen mussten, wittern sie jetzt ihre Chance, an die Macht zurückzukehren.

Die Zeichen stehen also auf Eskalation. Ruhani hat damit droht, bei einem US-Öl-Embargo die Straße von Hormus zu schließen und damit den internationalen Ölexport am Persischen Golf zu blockieren. Dann wäre auch ein militärischer Konflikt am Golf nicht mehr ausgeschlossen.

Leitartikel Seite 2

Regierung spricht von Mordanschlag auf Maduro

Explosion bei Großveranstaltung in Caracas gibt Rätsel auf – Präsident sieht rechte Kreise in Kolumbien und USA als Drahtzieher

Caracas/Bogotá. Der Präsident des krisengeschüttelten Venezuelas, Nicolás Maduro, ist nach Regierungangaben einem Mordanschlag mit Drohnen unverletzt entgangen. Im Staatsfernsehen war mindestens eine Explosion zu hören, während Maduro am Sonntagabend vor Tausenden Mitgliedern der Nationalgarde auf einer Straße in Caracas eine Rede hielt. Das Fernsehen zeigte Bilder, wie Leibwächter sich hektisch bemühten, den Staatschef mit schusssicheren Matten abzuschirmen und von der Bühne zu geleiten, während Hunderte Soldaten Deckung suchend vom Platz flüchteten. Nach Behördenangaben sind sechs Menschen festgenommen worden. Dabei seien auch mehrere Fahrzeuge beschlagnahmt worden, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur AVN Innenminister Néstor Reverol am Sonntag in Caracas. Bei dem Einsatz seien auch Beweise sichergestellt worden.

Maduro bezichtigte den scheidenden Präsidenten des Nachbarlandes Kolumbien, Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos, sowie rechte Kräfte auch in den USA, Drahtzieher des Komplotts zu sein. Eine unabhängige Überprüfung der Angaben ist in Venezuela kaum möglich. Viele Menschen in dem verarmten Krisenland zweifeln generell am Wahrheitsgehalt amtlicher Mitteilungen.

„Ein Teil der Verantwortlichen dieses Attentats ist bereits gefasst worden“, sagte Maduro kurz nach dem Zwischenfall. Wie dieser schnelle Fahndungserfolg möglich wurde, blieb offen. Er sei sich sicher, dass man ihn habe ermorden wollen. „Ich hege keine Zweifel, dass dahinter „ultrarechte Kreise in Venezuela gemeinsam mit ultrarechten Kräften Kolumbiens und Juan Manuel Santos stecken“, fügte der Sozialist hinzu. Auch Exilve-

nezolaner in den USA seien beteiligt. Beweise wurden nicht vorgelegt.

Zweifel an der offiziellen Version von einem Mordanschlag kamen schnell auf. Die Nachrichtenagentur AP berichtete, Feuerwehrleute vor Ort hätten der Darstellung der Regierung widersprochen. Tatsächlich sei nur ein Gastank in einem nahe gelegenen Gebäude explodiert. Oppositionelle äußerten in Medien die Befürchtung, dass der wegen einer extre-



Nach der Explosion bemühten sich Leibwächter, Präsident Maduro mit schusssicheren Matten abzuschirmen und von der Bühne zu geleiten. Für die Regierung war schnell klar: Der Staatschef hätte bei einem Attentat getötet werden sollen. Beweise dafür gibt es bisher nicht.

FOTO: XINHUA/DPA

men Wirtschafts- und Sozialkrise unter Druck stehende Maduro nun noch härter gegen seine politischen Gegner vorgehen werde.

Kolumbiens Regierung wies die Vorwürfe zurück. „Das entbehrt jeder Grundlage“, sagte ein Sprecher in Bogotá. Santos übergibt an diesem Dienstag das Amt an seinen gewählten Nachfolger, den konservativen Iván Duque. Santos kritisiert seit langem die Politik des autoritär regierenden Sozialisten Maduro, und die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern liegen auf Eis.

Nach Angaben des Regierungssprechers waren mehrere mit Sprengstoff bestückte Drohnen eingesetzt worden. Eine bisher unbekannt Gruppe „Soldados de Fanelas“ (Flanell-Soldaten) schrieb auf Twitter, sie habe den Anschlag auf Nicolás Maduro verübt. „Es ging darum, zwei Drohnen mit (Sprengstoff) C4 zum Podest des Präsidenten zu fliegen, aber Scharfschützen der Ehrenwache schossen die beiden Drohnen ab, bevor sie ihr Ziel erreichten“, schrieb die Gruppe. „Wir haben gezeigt, dass sie verwundbar sind, heute ist es nicht gelungen, aber das ist nur eine Frage der Zeit“, schrieben die Autoren, die sich selbst als „patriotische Militärs und Zivilisten“ bezeichneten. Eine Überprüfung ihrer Angaben war nicht möglich.

DPA